

XIX. GP.-NR
Nr. 859 NJ
1995 -03- 28

ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Anschober, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Mißbrauch von Daten der Sicherheitsbehörden, insbesondere deren Veröffentlichung in der Sondernummer 2a/1995 der Zeitschrift "Aula"

I). Am 22. Oktober 1994 wurde in Innsbruck von rechtsextremen Burschenschaften, schlagenden Studentenverbindungen und anderen einschlägig bekannten Organisationen ein sogenannter "Gesamtirolier Freiheitskommers" veranstaltet, der sich auf den 75. Jahrestag des - von den Veranstaltern so bezeichneten - "Diktatfriedens von St. Germain" bezog.

Im Umfeld der mit einem Großaufgebot von Exekutivkräften geschützten Veranstaltung fanden auch antifaschistische Gegenkundgebungen statt.

Die Zeitschrift "Aula" der Freiheitlichen Akademikerverbände, ideologischer und publizistischer Brückenkopf zwischen der FPÖ und den außerparlamentarischen Strömungen des Deutschnationalismus, hat eine Sondernummer 2 a/ 1995 über die Innsbrucker Veranstaltung gestaltet . Etliche der in dieser Sondernummer wiedergegebenen Informationen stammen offensichtlich aus Unterlagen der Sicherheitsbehörden.

- So wird auf Seite 8 aus einem "Bericht der Polizeidirektion Innsbruck" (offensichtlich ein Vernehmungsprotokoll) zitiert und dabei neben der Aktenzahl (8 UT 5641/94) auch Personalien (Name, Wohnort, Alter, Beruf) der einvernommenen Person, die für einen Aufruf gegen das Burschenschaftentreffen verantwortlich gemacht wurde, wiedergegeben.
- Auf Seite 9 der "Aula" wird im Faksimile die Anmeldung einer Gegenkundgebung mit Eingangsstempel der Bundespolizeidirektion Innsbruck abgedruckt.
- Ebenfalls auf Seite 9 wird über eine nicht näher datierte Wahlveranstaltung des FPÖ-Obmannes Dr. Jörg Haider berichtet, die durch Gerhard H., einen Anmelder der Gegenkundgebung vom 22.10.94, gestört worden sein soll. Obwohl nicht ausdrücklich ausgewiesen, legt auch diese Textpassage die Vermutung nahe, daß sie aus Unterlagen der Sicherheitsbehörden stammt.
- Auf Seite 13 wird über "eine gewisse Ingrid Strobl als Redner" (richtig wohl: Rednerin) bei der Gegenkundgebung berichtet und dabei neben einigen älteren Zeitungsausschnitten über Ingrid Strobl auch Beobachtungen von Solidaritätsveranstaltungen für Ingrid Strobl (am 14.10.88 im Neuen Institutsgebäude der Universität Wien, bzw. am 8.3.89) wiedergegeben. Auch diese Textpassagen legen die Vermutung nahe, daß dabei von Unterlagen der Sicherheitsbehörden Gebrauch gemacht wurde.
- Auf Seite 14 wird im Faksimile ein Tagesbericht vom 24. 10. 94 der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit über die Demonstration gegen Rechtsextremismus vom 22.10.94 wiedergegeben.
- Auf Seite 16 wird berichtet, daß die Exekutive am 22.10. um 14 Uhr 30 "ihren ersten Einsatz" absolviert hat.

II). In einem Bericht der "Schwechater Rundschau" vom 1.3.95 wird über Mitglieder des "Bundes Deutscher Österreicher" berichtet, die bei den niederösterreichischen Gemeinderatswahlen in Bruck an der Leitha für die FPÖ kandidiert haben. Der "Bund Deutscher Österreicher" ist offensichtlich 1988 unter strikter Geheimhaltung gegründet worden und hat sich nach Darstellung der "Schwechater Rundschau" unter anderem mit den Eliteschulen des Nationalsozialismus beschäftigt. 1993 wurde offensichtlich die Staatspolizei auf die rechte Geheimtruppe aufmerksam (gemacht) und nahm Ermittlungen wegen des Verdachtes der nationalsozialistischen Wiederbetätigung auf. Nach Darstellung der "Schwechater Rundschau" war einer der beiden ermittelnden Beamten ein Parteikollege des jetzigen Spitzenkandidaten der F-Bewegung für den Brucker Gemeinderates und Mitglied des "Bundes Deutscher Österreicher".

Die Ermittlungen dürften deshalb entsprechend einseitig verlaufen sein und haben nach Angaben der "Schwechater Rundschau" kein Ergebnis gebracht, also offensichtlich den Verdacht auf nationalsozialistische Wiederbetätigung nicht erhärtet.

III). Die Zeitschrift "NEWS" berichtete Anfang März unter dem Titel "Braune Flecken in den Kommissariaten" darüber, daß die rechtsextreme Publikation "Fakten" in der Roßauer Polizeikaserne aufgelegt und daraufhin von Beamten zur Anzeige gebracht worden ist. In einem Flugblatt der "AUF" ("Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher") wurden "NEWS" zufolge die anzeigenenden Beamten als "rote Vernaderer" und "Nestbeschmutzer" beschimpft. NEWS weiter: "Nicht nur das: Anschließend mußten die um politische Sauberkeit innerhalb der Polizei besorgten Beamten vor der Staatspolizei Rede und Antwort stehen. Das Verhör führte ein hochrangiges AUF-Mitglied, das die Beamten denn auch gleich als Denunzianten beschimpfte."

IV). Auf einer Veranstaltung von SOS -Mitmensch am 18.3.94 wurde berichtet, daß es im Zusammenhang mit Ermittlungen über rechtsradikale Aktivitäten zum Verschwinden, bzw. zur Vernichtung von Beweismaterial gekommen ist, das in Schreibtischen der Staatspolizei weggesperrt worden war.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Ist Ihnen bekannt, wie das Vernehmungsprotokoll mit der Aktenzahl 8 UT 5641/94 in die Hände der Herausgeber der Zeitschrift "Aula" gekommen ist?
Wenn nein, werden Sie eine Untersuchung einleiten?
Wenn ja, ist es auf legalem Weg an den unbekannten "Aula" - Autor gekommen?
2. Wurden durch die Wiedergabe der Personalien datenschutzrechtliche Bestimmungen verletzt?
3. Ist Ihnen bekannt, auf welchem Weg die "Aula" zu dem Faksimile - Abdruck der Anmeldung einer Gegenkundgebung kommen konnte?
Wenn nein, werden Sie eine Untersuchung einleiten?

4. Stammen die Textpassagen von Seite 9, 13 bzw. 14 aus Unterlagen der Sicherheitsbehörden?

Wenn ja, wie fanden sie den Weg zur "Aula" und werden Sie die einzelnen Berichte daraufhin überprüfen?

5. Erhält die "Aula" ein Gratisabo der Tagesberichte der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit?

- a) Sind die Tagesberichte öffentlich zugänglich?
- b) Wie groß ist der Personenkreis, der die Tagesberichte erhält?
- c) Besitzen Sie Informationen, daß die Sicherheitsberichte Personen zugänglich sind, für die sie nicht gedacht sind?

6. Sind Ihnen Informationen über einen "Bund Deutscher Österreicher" bekannt?

Wenn ja, seit wann?

7. Handelt es sich beim "Bund Deutscher Österreicher" um einen legal angemeldeten Verein?

Wenn ja, mit welcher Zielsetzung und seit wann ist dieser Verein angemeldet?

Wenn nein, welche Maßnahmen wurden von Behörden gegenüber dem "Bund Deutscher Österreicher" gesetzt?

8. Handelt es sich beim "Bund Deutscher Österreicher" um eine Organisation mit neonazistischer bzw. rechtsextremer Orientierung?

- a) Haben die Sicherheitsbehörden in diese Richtung ermittelt bzw. zu welchem Ergebnis sind sie dabei gekommen?

9. Ist es richtig, daß einer der beiden Beamten, die nach Darstellung der "Schwechater Rundschau" ermittelt haben, Mitglied der F-Bewegung und damit Parteikollege der Mitglieder des "Bundes Deutscher Österreicher" ist? Wenn ja, halten Sie es für richtig und vereinbar, daß ausgerechnet dieser Beamte über rechtsextreme bzw. neonazistische Orientierungen von Parteikollegen ermittelt?

Werden Sie deshalb eine neuerliche Untersuchung des "Bundes Deutscher Österreicher" veranlassen?

10. Ist Ihnen der Vorfall mit der Zeitschrift "Fakten" bekannt, bzw. zu welchem Ergebnis hat die von den Beamten veranlaßte Anzeige geführt?

11. Haben Sie vor, Maßnahmen gegen jenes "hochrangige AUF-Mitglied", das die Anzeiger als "Denunzianten" beschimpft haben soll, zu setzen?

12. Sind Sie der Meinung, daß es richtig und vereinbar ist, daß ausgerechnet ein "AUF"-Exponent über rechtsextreme Aktivitäten ermittelt?

13. Sind Ihnen Informationen bekannt, wonach es innerhalb der Staatspolizei zum Verschwinden von Beweismaterial betr. rechtsextreme Aktivitäten gekommen ist? Wurden diesbezüglich Untersuchungen durchgeführt? Mit welchem Ergebnis?
14. Können Sie ausschließen, daß derzeit einzelne Personen aus dem Sicherheitsapparat in rechtsextreme Aktivitäten verwickelt sind?
Gibt es diesbezügliche Untersuchungen bzw. Überprüfungen?